

AMENDMENT FORM

Suggestion for amendment of Article : III-169

By Ms / ~~Mr~~ : Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann

Status : - Member - ~~Alternate~~

Artikel III-169 (ex-Artikel 19)

(1) *Die Union führt als eigene Behörde die Europäische Stelle für justizielle Zusammenarbeit (Eurojust).* Eurojust hat den Auftrag, die Koordinierung und Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden zu unterstützen und zu verstärken, die für die Verfolgung von ~~schwerer Kriminalität~~ **Straftaten** zuständig sind, *sofern diese in einem Europäischen Rahmengesetz nach Artikel III-167 aufgeführt sind und* wenn zwei oder mehrere Mitgliedstaaten betroffen sind oder eine Verfolgung auf gemeinsamer Grundlage erforderlich ist; es stützt sich dabei auf die von den Behörden der Mitgliedstaaten und von Europol durchgeführten Operationen und gelieferten Informationen.

(2) Der Aufbau, die Arbeitsweise, der Tätigkeitsbereich und die Aufgaben von Eurojust werden durch ein Europäisches Gesetz bestimmt. Zu diesen Aufgaben kann Folgendes gehören:

- a) Einleitung und Koordinierung der Strafverfolgungsmaßnahmen, die von den zuständigen nationalen Behörden durchgeführt werden, insbesondere bei Straftaten zum Nachteil der finanziellen Interessen der Union;
- b) Verstärkung der justiziellen Zusammenarbeit, einschließlich im Wege der Beilegung von Zuständigkeitskonflikten und einer engeren Zusammenarbeit mit dem Europäischen Justiziellen Netz.

Das Europäische Gesetz legt ebenfalls die Modalitäten für die ~~Beteiligung des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten an der~~ **Kontrolle und** Bewertung der Tätigkeit von Eurojust *durch das Europäische Parlament und den Rat, an der die nationalen Parlamente beteiligt werden*, fest.

(3) Im Rahmen der Strafverfolgungsmaßnahmen im Sinne dieser Bestimmung werden die förmlichen Prozesshandlungen unbeschadet des Artikels [III-170] durch die zuständigen nationalen

Beamten vorgenommen.

Explanation (if any) :

Absatz 1:

Eurojust sollte den Rechtsstatus eine Unionsbehörde erhalten und sollte nur für solche Handlungen zuständig sein, die zuvor vom Gesetzgeber für die gesamte Union als strafbar definiert worden sind.